

Stuttgart, 21. November 2006

GAAA, Haußmannstr. 6, 70188 Stuttgart

---

Herrn  
Außenminister Frank Walter Steinmeier

11013 Berlin

## **Offener Brief bezüglich Ihrer Initiative mit Ihrem norwegischen Amtskollegen**

Sehr geehrter Herr Steinmeier,

wir freuen uns, dass Sie mit Ihrem norwegischen Amtskollegen Jonas Gahr-Støre in der Frankfurter Rundschau eine Stellungnahme veröffentlicht haben, welche die Gleichwertigkeit von nuklearer Nichtverbreitung und nuklearer Abrüstung betont.

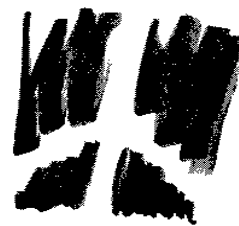
Wir begrüßen es, dass Sie sich gemeinsam für Bewegung in Richtung eines Verbots der Herstellung von Nuklearwaffenmaterial und dem Inkrafttreten des Atomteststoppvertrages einsetzen werden, genau so wie für den Nachfolgeprozess des START 1-Vertrages.

Wir bemängeln aber, dass Sie in Hinsicht auf die EU- und G8-Präsidentschaft kein Wort über die Zukunft der deutschen nuklearen Teilhabe und die in Europa stationierten Atomwaffen verlieren.

Wir halten es nach dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofes von 1996 und der Rechtsauffassung der Mehrheit der Mitgliedsstaaten des Nichtverbreitungsvertrages für rechtswidrig, dass Deutschland immer noch in Büchel nukleare Trägermittel für die dort gelagerten US-Atomwaffen zur Verfügung stellt.

Da auch das gerade verabschiedete Weißbuch der Bundesregierung das Fortbestehen dieses Unrechtszustandes weiterhin zulässt, sehen wir uns veranlasst gegen die Verantwortlichen der Bundesregierung Anzeige zu erstatten.

**G**ewaltfreie **A**ktion



**A**tomwaffen **A**bschaffen

Haußmannstr. 6, 70188 Stuttgart  
Fon 0711/2155112  
Fax 0711/2155214  
gaaa@paritaet-bw.de

International campaigning:  
Marion Küpker, Beckstr. 14  
20357 Hamburg  
Fon 040/ 4307332  
marionkuepker@compuserve.com

[www.gaaa.org](http://www.gaaa.org)

Mitglied der Deutschen  
Friedensgesellschaft – Vereinigte  
KriegsdienstgegnerInnen  
(DFG-VK)

GAAA, Kontonr. 8019151200,  
BLZ 43060967  
GLS Gemeinschaftsbank

BW-Förderverein für  
Frieden/Abrüstung e.V.,  
Volksbank in Stuttgart, Kontonr.  
563131004, BLZ 60090100,  
Stichwort: „Atomwaffen“

Wir haben die Bundeskanzlerin, den Verteidigungsminister und Sie sowie die Verantwortlichen in der Bundeswehr und dem US-Militär als Beschuldigte benannt.

Uns ist nicht die Strafverfolgung das Wichtigste.

Wir wollen mit diesem Schritt, den wir mit vielen anderen um den Frieden besorgten Menschen in Europa tun, vor dem NATO-Gipfel Ende November in Riga zu einer Änderung der Nuklearpolitik der NATO auffordern.

Glaubwürdige Außen- und Sicherheitspolitik erfordert, dass Sie nicht nur von anderen Staaten nukleare Abrüstungsschritte fordern, sondern auch deutsche Abrüstungsschritte ankündigen.

Wir könnten uns vorstellen:

- Deutschland kündigt beim NATO-Gipfel an, ab sofort keine Trägermittel für Atomwaffen zur Verfügung zu stellen.
- Deutschland setzt sich in der nuklearen Planungsgruppe für den Abzug aller in Europa stationierten US-Atomwaffen ein.
- Deutschland fordert in der nuklearen Planungsgruppe einen ständigen Tagesordnungspunkt nukleare Abrüstung. Wird dieser abgelehnt, tritt Deutschland aus der nuklearen Planungsgruppe aus.
- Deutschland entwickelt einen Plan für eine nuklearwaffenfreie Zone in Europa.
- Deutschland verankert seine Atomwaffenfreiheit im Grundgesetz.

In dieser Richtung könnten Sie nicht nur aus Norwegen, sondern auch von Belgien Unterstützung erhalten. Dort hat das Parlament die Regierung aufgefordert, sich für einen Abzug der Atomwaffen einzusetzen.

Wir erwarten dass Sie sich mit allen Ihnen zur Verfügung stehenden Kräften für diese Ziele einsetzen und warten gespannt auf Ihre Antwort.

Roland Blach

und die Teilnehmer der 11. Jahrestagung der Gewaltfreien Aktion Atomwaffen Abschaffen (17.-19.11.2006, Laufdorf)

Die GAAA ist eine von nahezu 50 Gruppen im Trägerkreis „Atomwaffen abschaffen – bei uns anfangen“ ([www.atomwaffenfrei.de](http://www.atomwaffenfrei.de)) mit dem aktuellen Ziel, bis spätestens 2009 alle in Deutschland gelagerten Atomwaffen abgezogen zu haben.